

## **57A Anzeigetafeln**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, der FPÖ Mariahilf und KPÖ-LINKS in Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.a Ulli Sima zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass im Zuge der neuen Streckenführung der Buslinie 57A bei allen Haltestellen elektronische Anzeigetafeln für die Fahrgastinformation installiert werden

### **Begründung**

Die Buslinie 57A stellt eine wichtige öffentliche Verkehrsverbindung für den Bezirk Mariahilf dar und wird von zahlreichen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie von Besucherinnen und Besuchern des Bezirks genutzt. Elektronische Anzeigetafeln mit Echtzeitinformationen über Abfahrtszeiten leisten einen wichtigen Beitrag zur Orientierung und erhöhen die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll zu prüfen, inwieweit an allen Haltestellen der Linie 57A im Bezirk Mariahilf eine entsprechende Fahrgastinformation eingerichtet werden kann.

Marcel Flitter

## **Kindergarten Stiegengasse**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, der FPÖ Mariahilf und KPÖ-LINKS in Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 10) im Zusammenwirken mit der Planungskommission zu ersuchen, die Situation des Gartens des Kindergartens in der Stiegengasse zu prüfen und mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Spiel- und Aufenthaltsqualität für die Kinder zu evaluieren. Insbesondere soll geprüft werden, inwieweit eine Neugestaltung beziehungsweise Ergänzung der Spielgeräte sowie zusätzliche Beschattungsmöglichkeiten umgesetzt werden können.

### **Begründung**

Aus der Elternschaft des Kindergartens in der Stiegengasse wurde darauf hingewiesen, dass der Garten der Einrichtung derzeit nur eingeschränkt genutzt werden kann. Eine bereits im vergangenen Jahr in Aussicht gestellte Neugestaltung konnte aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht umgesetzt werden. Zudem bestehen derzeit Einschränkungen bei der Nutzung einzelner Spielgeräte, da ein Klettergerüst aus Sicherheitsgründen nicht mehr verwendet werden darf und für ältere Kinder nur mehr eingeschränkte Spielmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus fehlen im Garten ausreichend schattige Bereiche, was insbesondere in den Sommermonaten für die Kinder eine zusätzliche Belastung darstellt. Da für jüngere Kinder ein Ausweichen auf weiter entfernte öffentliche Spielplätze oft nur eingeschränkt möglich ist, erscheint es sinnvoll zu prüfen, wie die vorhandene Spielfläche im Kindergarten selbst verbessert und langfristig gesichert werden kann.

Veronika Zimmermann

## **Einrichtung von Sperrmüll-Sammelstellen in Mariahilf**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, der FPÖ Mariahilf und KPÖ-LINKS in Mariahilf stellen stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 48) zu ersuchen zu prüfen, welche Möglichkeiten der Einrichtung von Sammelstellen für Sperrmüll im Bezirk geschaffen werden können.

### **Begründung**

In innerstädtischen Bezirken wie Mariahilf wohnen zunehmend Menschen, denen es aus verschiedensten Gründen nicht möglich ist, anfallenden Sperrmüll zu den Mistplätzen der Stadt Wien zu transportieren und dort ordnungsgemäß zu entsorgen.

Wenn die Verringerung der privaten PKW's in Mariahilf angestrebt wird, muss die entsprechende Infrastruktur eingerichtet werden, um ortsnah, kostengünstig und unkompliziert Tätigkeiten wie die Entsorgung von in jedem Haushalt anfallendem Sperrmüll geschaffen werden.

Die Einrichtung Sperrmüll-Sammelstellen im Bezirk (z.B. zu bestimmten Terminen) würde für die Mariahilfer Wohnbevölkerung eine große Erleichterung bringen und auch das Deponieren von Sperrmüll im Straßenraum reduzieren.

Elisabeth KATTINGER

Jan LIEWEHR

Ewa KIRCHDORFER-MURCZKIEWICZ

## **Begrünung der Wartehäuschen des 57A**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf und KPÖ-LINKS in Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.a Ulli Sima zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, Möglichkeiten zur Begrünung der Wartehäuschen der Buslinie 57A zu prüfen. Diese sollen der Mobilitätskommission vorgelegt werden.

### **Begründung**

In den Sommermonaten bieten die Wartehäuschen der Buslinie 57A oft die einzige Möglichkeit, die Wartezeit auf den Bus im Schatten zu verbringen. Die Temperatur in den Wartehäuschen ist jedoch sehr hoch (die Hitze „steht“) und eine Begrünung würde hier Abhilfe schaffen.

Besonders für ältere Menschen stellt die Buslinie 57A eine sehr wichtige öffentliche Verbindung im Bezirk dar und das Warten auf den Bus sollte nicht eine zusätzliche Belastung darstellen.

Ewa KIRCHDORFER-MURCZKIEWICZ

Elisabeth KATTINGER

Jan LIEWEHR

## **Überprüfung vorgezogener Maßnahmen zur Umgestaltung der Rahlgasse**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf und von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die MA 28 zu ersuchen zu prüfen, welche Maßnahmen im Rahmen der geplanten Umgestaltung der Rahlgasse kurzfristig und kostengünstig umgesetzt werden können, ohne das übergeordnete Gesamtprojekt zu beeinträchtigen.

Ziel ist es, die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Rahlgasse bereits jetzt spürbar zu verbessern, auch wenn das vollständige Projekt aufgrund der derzeitigen budgetären Situation noch nicht umgesetzt werden kann. Das Ergebnis soll der Kommission für Planung, Entwicklung und Gestaltung präsentiert werden.

### **Begründung**

In den vergangenen Jahren wurden bereits zahlreiche Initiativen gesetzt, um die Aufenthaltsqualität in der Rahlgasse stetig zu verbessern. Exemplarisch dafür war das „Klimafitte Grätzl Rahlgasse“ das unter Einbeziehung aller Akteur\*innen eines Grätzels partizipative Stadtgestaltung möglich ist und das mithilfe, Klimaschutz, Klimawandelanpassung, Klimaneutralität und die Lebensqualität der Bewohnerschaft mit ihren vielfältigen Bedürfnissen und Ressourcen in produktiven Einklang zu bringen.

Im Rahmen des umfassenden Umgestaltungsprojekts soll künftig ein moderner, attraktiver und sicherer öffentlicher Raum für alle Nutzer\*innen entstehen. Aufgrund der aktuellen budgetären Situation ist eine vollständige Umsetzung des Projekts jedoch derzeit nicht möglich.

Um dennoch kurzfristig positive Effekte für die Menschen vor Ort zu erzielen, ist es sinnvoll, vorgezogene Maßnahmen zu identifizieren, die sofort umgesetzt werden können. Dies können beispielsweise kleine Verbesserungen im Bereich Grünflächen, Sitzgelegenheiten, Beleuchtung, Verkehrssicherheit, Verkehrsberuhigung oder Aufenthaltsqualität sein.

Durch eine gezielte Prüfung der Expert\*innen der zuständigen Fachabteilungen können Maßnahmen ausgewählt werden, die kostengünstig realisierbar sind und gleichzeitig das große Umgestaltungsprojekt nicht beeinträchtigen. Auf diese Weise wird die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Rahlgasse bereits jetzt verbessert, und die Basis für das spätere Gesamtprojekt bleibt erhalten.

## **Stellplatzerhebung Mariahilf**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte stellen zu der Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 46, MA 28, MA18) werden gebeten, eine Stellplatzerhebung und eine Erfassung der Stellplatzauslastung für Mariahilf im öffentlichen Raum durchzuführen (lt. Auskunft in der Sitzung der Mobilitätskommission belaufen sich die Kosten auf ca. 17.000,- Euro).

### **Begründung**

Eine Stellplatzerhebung für Mariahilf wurde zuletzt im Jahr 2010 durchgeführt. Da eine Stellplatzerhebung mit aktuellen Daten unabdingbar für die Ermittlung der Zahl der Anrainer- und Anrainerinnenparkplätze sowie die faktenbasierte politische Arbeit ist, erscheint eine neuerliche Erhebung der Stellplätze und die Erfassung der Stellplatzauslastung erforderlich. Darüber hinaus kann die Stellplatzerhebung als Datenbasis für zukünftige Projekte und Bauvorhaben etc. dienen.

## **Sicherheitsdienst Wiener Linien**

### **U6 Gumpendorfer Straße**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und der FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

#### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.<sup>a</sup> Ulli Sima zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass ein permanenter Sicherheitsdienst in der U6-Station Gumpendorfer Straße eingerichtet wird.

#### **Begründung**

Laut einer Anfragebeantwortung an die ÖVP Mariahilf vom Dezember 2023 waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes im ersten Halbjahr 2023 zwischen 10 und 50 Stunden pro Monat in der U-Bahn Station Gumpendorfer Straße im Einsatz. Angesichts der Bedeutung der Station im unmittelbaren Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer sowie der wiederholt geschilderten Probleme im öffentlichen Raum erscheinen diese Einsatzzeiten aus Sicht vieler Nutzerinnen und Nutzer sowie Anrainerinnen und Anrainer als unzureichend.

Auch aus dem schulischen Umfeld wurden Sicherheitsbedenken geäußert. In einem offenen Brief der nahegelegenen AHS Flora Fries an Bürgermeister Dr. Michael Ludwig wurde darauf hingewiesen, dass Schülerinnen und Schüler teilweise Angst haben, die U-Bahn Station allein zu betreten. Vor dem Hintergrund der Ankündigung des Bürgermeisters, die Zahl der Sicherheitsdienstmitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Wiener Linien in dieser Legislaturperiode deutlich zu erhöhen, könnte ein permanenter Sicherheitsdienst zumindest an Werktagen dazu beitragen, das Sicherheitsgefühl von Anrainerinnen und Anrainern sowie Fahrgästen spürbar zu verbessern.

Gerhard Hammerer

## **Öffi Querverbindungen**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf und der KPÖ-LINKS in Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.<sup>a</sup> Ulli Sima zu ersuchen, sich im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, eine Öffi-Querverbindung im Bereich Stumpergasse/Webgasse zu prüfen.

### **Begründung**

Mariahilf ist insgesamt sehr gut an den öffentlichen Verkehr angebunden. An den Bezirksrändern erschließen mehrere U Bahn Linien das Gebiet, zusätzlich verläuft mit der Buslinie 57A eine wichtige Verbindung durch den Bezirk. Die Wiener Linien planen derzeit eine Verlängerung der Linie 57A bis zum Karlsplatz, wodurch die Anbindung an zentrale Verkehrsknotenpunkte weiter verbessert werden soll.

Innerhalb des Bezirks besteht jedoch ein kleinräumiges Verbindungsdefizit: Zwischen der Gumpendorfer Straße und der Mariahilfer Straße gibt es im Bereich Stumpergasse und Webgasse derzeit keine direkte öffentliche Verkehrsverbindung. Aufgrund des teilweise steilen Straßenverlaufs stellt dieser Abschnitt für viele Bewohnerinnen und Bewohner eine zusätzliche Herausforderung dar. Aus der Bevölkerung wurde daher wiederholt der Wunsch nach einer besseren Querverbindung im öffentlichen Verkehr geäußert.

Marcel Flitter

## **Prüfung der Verordnung eines Alkoholverbots**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum und der FPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bürgermeister Dr. Michael Ludwig zu ersuchen, die Verordnung eines Alkoholverbots für den öffentlichen Raum im Umfeld der U6-Station Gumpendorfer Straße in Mariahilf zu prüfen.

### **Begründung**

In Wien wurden in den vergangenen Jahren bereits zwei Alkoholverbotzonen im öffentlichen Raum eingerichtet, nämlich rund um den Praterstern im Jahr 2018 sowie rund um den Franz-Jonas-Platz im Jahr 2025. Nach Angaben der Stadt Wien und der Polizei haben diese Regelungen dazu beigetragen, problematische Situationen im öffentlichen Raum zu entschärfen und das Sicherheits- und Ordnungsempfinden für Anrainerinnen und Anrainer sowie für Nutzerinnen und Nutzer des öffentlichen Raums zu verbessern. Auch im Umfeld der U-Bahn Station Gumpendorfer Straße, insbesondere im Bereich der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer, wird von Anrainerinnen und Anrainern der Wunsch nach einer vergleichbaren Regelung geäußert. Zudem wird ein solcher Schritt auch von der Polizei als mögliche Unterstützung zur Stabilisierung der Situation vor Ort gesehen.

Eine entsprechende Prüfung durch den Bürgermeister der Stadt Wien soll klären, ob die Verordnung einer Alkoholverbotzone in diesem Bereich sinnvoll und rechtlich möglich ist. Dabei sollte auch eine umfassende Analyse der aktuellen Situation erfolgen sowie der räumliche Umfang einer möglichen Zone sorgfältig festgelegt werden. Ziel ist es, gemeinsam mit bestehenden sozialen Angeboten und ordnungspolitischen Instrumenten zu einer spürbaren Entlastung des Grätzels beizutragen.

Gerhard Hammerer

## **Aufzuganlage Stiegengasse**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der FPÖ Mariahilf und KPÖ-LINKS in Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 28, MA 34) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, den Betrieb der Aufzuganlage in der Stiegengasse zu gewährleisten.

### **Begründung**

Die Aufzuganlage in der Stiegengasse ist für viele Menschen eine wichtige barrierefreie Verbindung im öffentlichen Raum. Bereits im September 2021 wurde von Seiten der ÖVP Mariahilf in einem Antrag auf wiederkehrende Probleme mit der Anlage hingewiesen. Dennoch kam es auch zuletzt rund um den Jahreswechsel erneut zu mehrtägigen Störungen. Vor Ort wurde zudem von einem Monteur darauf hingewiesen, dass eine Generalsanierung der Anlage erforderlich wäre. Um die verlässliche Nutzbarkeit dieser wichtigen Verbindung sicherzustellen und insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen eine barrierefreie Querung zu gewährleisten, erscheint es daher notwendig, den dauerhaften und störungsfreien Betrieb der Aufzuganlage sicherzustellen.

Marcel Flitter

## **Mehr Verkehrssicherheit an den Einmündungen der Schmalzhofgasse**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die MA 46 und die MA 28 sollen eine Überprüfung vornehmen durch welche konkreten Maßnahmen die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung in der Schmalzhofgasse, besonders bei den Einmündungen der Hirschengasse, der Hugo-Wolf-Gasse, sowie an der Ecke zur Otto-Bauer-Gasse gewährleistet werden kann.

Die Fachdienststellen sollen konkrete Maßnahmen erarbeiten, um die bestehende Regelung zu unterstützen – etwa durch zusätzliche Bodenmarkierungen, Piktogramme oder andere geeignete verkehrsleitende Maßnahmen – und dazu beitragen, die Orientierung für alle Verkehrsteilnehmer\*innen zu verbessern und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Die Ergebnisse sollen in der Mobilitätskommission präsentiert werden.

### **Begründung**

In der Schmalzhofgasse kommt es immer wieder zu Konfliktsituationen zwischen unterschiedlichen Nutzer\*innengruppen des öffentlichen Straßenraums. Besonders an den Einmündungen der Hirschengasse, der Hugo-Wolf-Gasse, aber auch im Bereich der Einmündung der Schmalzhofgasse in die Otto-Bauer-Gasse, entstehen regelmäßig unklare Verkehrssituationen.

Ein Grund dafür ist, dass die derzeit geltende Vorrangregelung nicht eingehalten wird. Dies betrifft sowohl den motorisierten Verkehr als auch Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen, die den Straßenraum gemeinsam nutzen. Missverständnisse im Verkehrsverhalten führen zu Konflikten oder gefährlichen Situationen.

Die Umsetzung konkreter Maßnahmen können dazu beitragen, die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer\*innen nachhaltig zu verbessern.

## **Ergänzung der Durchsage bei der U4 Station „Kettenbrückengasse“ um „Naschmarkt“**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die Amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Ulli Sima zu ersuchen, die Haltestellen-Durchsage der U4-Station „Kettenbrückengasse“ um die Angabe „Naschmarkt“ zu ergänzen.

Ziel ist es, Besucher\*innen der Stadt besser zu informieren und die Orientierung beim Ausstieg zu erleichtern, insbesondere für jene, die einen der bekanntesten Wiener Märkte besuchen möchten.

### **Begründung**

Täglich nutzen rund 2,4 Millionen Fahrgäste die Wiener Linien. Die Haltestellen-Durchsagen sorgen dabei für eine schnelle und klare Information über Umstiegsmöglichkeiten, Sicherheitshinweise und mögliche Störungen. Einige Durchsagen geben zusätzlich Hinweise auf Sehenswürdigkeiten, Einrichtungen oder kulturell bedeutsame Orte in der Nähe der jeweiligen Station, wie zB die U1-Station „Kaisermühlen – Vienna International Center“ für die UNO-City oder die U2 Station Donaumarina – Österreichischer Gewerkschaftsbund.

Der Naschmarkt ist einer der drei meistbesuchten Märkte Wiens und der am häufigsten frequentierte innerstädtische Markt. Durch die zahlreichen infrastrukturellen Maßnahmen wächst seine Beliebtheit stetig, was sich auch im Besucherzuwachs von 30 % im vergangenen Jahr niederschlägt. Viele Besucherinnen, insbesondere Touristinnen, wissen jedoch oft nicht genau, an welcher Station sie aussteigen müssen, um den Naschmarkt zu erreichen. Eine Ergänzung der Durchsage um den Hinweis „Naschmarkt“ würde daher erheblich zur Orientierung beitragen, die Information verbessern und den Fahrgästen eine direkte Anreise ermöglichen.

Darüber hinaus entspricht diese Ergänzung dem Qualitätsanspruch der Wiener Linien, dass Durchsagen „hohen Infogehalt, Prägnanz und gute Verständlichkeit“ aufweisen. Die namentliche Nennung des Naschmarkts würde diesen Zielen in besonderer Weise gerecht und trägt zur Steigerung der Servicequalität für Fahrgäste bei.



## **Autofreier Schulvorplatz Corneliusgasse**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Magistratsdienststelle MA46 zu ersuchen in Zusammenarbeit mit der Mobilitätskommission, Möglichkeiten zur zeitnahen und kostenschonenden Einrichtung einer Fußgänger\*innenzone in der Corneliusgasse von ONr. 4 bis ONr. 6 zu prüfen. Folgende Aspekte sollen dabei berücksichtigt werden:

- Potenziell notwendige Änderungen in der Verkehrsplanung (Verlegung von Anrainer\*innenparkplätzen, Aufhebung von Einbahnregelungen, Umstellung von Schräg- auf Längsparkplätze in der Kopernikusgasse, Wendehammer, mögliche Ausnahmen für den Radverkehr,...)
- Zufahrtsmöglichkeiten zu Einfahrten (insbesondere bei ONr. 7)
- Auswirkungen auf die Erreichbarkeit der Polizeiinspektion Kopernikusgasse

### **Begründung**

Primäres Ziel dieser Maßnahme ist die zeitnahe Erhöhung von Verkehrssicherheit und Aufenthaltsqualität für Schüler\*innen und Eltern. Nach der Überprüfung der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ist selbstverständlich auch eine adäquate Form der Beteiligung von allen betroffenen Gruppen umzusetzen.

Aufgrund der aktuellen Kürzungen der entsprechenden Fördermittel soll im ersten Schritt auf eine möglichst schnelle und günstige Umsetzung geachtet werden. Sobald die dafür nötigen Fördermittel wieder zur Verfügung stehen, sollen auch umfassendere bauliche Maßnahmen geprüft werden.

Paul Stein

## **Grätzelladezone Gumpendorfer Straße**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, die Grätzelladezone auf Höhe Gumpendorfer Straße 113 zu prüfen.

### **Begründung**

Anrainerinnen und Anrainer haben darauf hingewiesen, dass die bestehende Grätzelladezone auf Höhe Gumpendorfer Straße 113 – insbesondere an Samstagen – nur in sehr geringem Ausmaß genutzt wird. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Überprüfung der tatsächlichen Auslastung und Zweckmäßigkeit sinnvoll.

Im Zuge der Befassung soll zudem in der Mobilitätskommission der aktuelle Stand der Umsetzung der Grätzelladezonen im gesamten Bezirk Mariahilf diskutiert werden, um gegebenenfalls Anpassungen im Sinne einer effizienten Nutzung des öffentlichen Raums vorzunehmen.

Gerhard Hammerer

## **Halteverbot Raimundtheater**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, die derzeitige Regelung der Halteverbotszone vor dem Raimundtheater erneut zu prüfen und eine Lösung zu erarbeiten, die einerseits zusätzlichen Parkraum für Anrainerinnen und Anrainer ermöglicht und andererseits weiterhin auf die betrieblichen Erfordernisse des Raimundtheaters Rücksicht nimmt. Dabei soll insbesondere geprüft werden, ob eine Einschränkung des Halteverbots auf die Tage Dienstag bis Samstag zweckmäßig ist.

### **Begründung**

Die ÖVP Mariahilf hat im Dezember 2025 einen Antrag zur Anpassung der Halteverbotsregelung vor dem Raimundtheater eingebracht. Dieser wurde jedoch abschlägig beantwortet. Gleichzeitig berichten Anrainerinnen und Anrainer, dass insbesondere am Montag – einem Tag ohne regulären Spielbetrieb – vor Ort kaum Aktivitäten rund um das Theater erkennbar sind. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, die bestehende Regelung nochmals zu evaluieren.

Ziel sollte es sein, eine ausgewogene Lösung zu finden, die sowohl den Bedürfnissen der Anrainerinnen und Anrainer nach zusätzlichem Parkraum Rechnung trägt als auch den Anforderungen des Theaterbetriebs gerecht wird. Eine Behandlung des Themas in der Mobilitätskommission könnte dazu beitragen, gemeinsam mit den zuständigen Stellen eine praktikable und für alle Beteiligten tragfähige Lösung zu erarbeiten.

Veronika Zimmermann

## **Sicherheit Fußgänger/innen Christian-Broda- Platz**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, verkehrsorganisatorische Maßnahmen im Bereich des Christian-Broda-Platzes zu prüfen, um die Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger zu erhöhen.

### **Begründung**

Im Bereich des Übergangs vom Christian-Broda-Platz zur Mariahilfer Straße beziehungsweise Kaiserstraße befinden sich Sitzbänke für Fußgängerinnen und Fußgänger. Nach Rückmeldungen aus der Bevölkerung kommt es dort jedoch immer wieder vor, dass Radfahrerinnen und Radfahrer sowie Nutzerinnen und Nutzer von E-Scootern den Gehsteig benutzen und mit relativ hoher Geschwindigkeit unmittelbar vor den Sitzbänken vorbeifahren. Dadurch wird offenbar versucht, die Verschwenkung auf der Mariahilfer Straße zu umgehen.

Diese Situation stellt insbesondere für Fußgängerinnen und Fußgänger, die die Sitzgelegenheiten nutzen oder den Bereich queren, eine Gefährdung dar, da auf dem Gehsteig nicht mit schnell fahrenden Fahrrädern oder Scootern gerechnet wird. Eine Prüfung in der Mobilitätskommission erscheint daher sinnvoll, um die Sicherheit in diesem Bereich zu verbessern.

Marcel Flitter

## **Sanierung Blindenleitsystem**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 28) zu ersuchen, das beschädigte Blindenleitsystem auf Höhe Gumpendorfer Straße 38 zu überprüfen und gegebenenfalls instand zu setzen.

### **Begründung**

Blindenleitsysteme stellen einen wichtigen Bestandteil der barrierefreien Nutzung des öffentlichen Raums dar und ermöglichen Menschen mit Sehbehinderungen eine sichere Orientierung im Straßenraum. Auf Höhe Gumpendorfer Straße 38 / Stiegengasse 14 ist das dort vorhandene Blindenleitsystem beschädigt, wodurch seine Funktion nur eingeschränkt erfüllt werden kann. Eine zeitnahe Überprüfung und gegebenenfalls Sanierung durch die zuständige Magistratsabteilung erscheinen daher sinnvoll, um die sichere und barrierefreie Nutzung dieses Bereichs wieder vollständig zu gewährleisten.

### **Anhang**



Veronika Zimmermann

## **Markthalle Tür**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 59) zu ersuchen, die Türen der Markthalle am Naschmarkt zu prüfen.

### **Begründung**

Die Markthalle am Naschmarkt wird täglich von zahlreichen Besucherinnen und Besuchern frequentiert und stellt damit einen stark frequentierten öffentlichen Ort dar. Vor diesem Hintergrund ist eine sichere Gestaltung der baulichen Infrastruktur von besonderer Bedeutung. Nach Wahrnehmungen vor Ort öffnet sich die Tür der Markthalle in Richtung Kettenbrücke nach innen, obwohl eine „Notausgang-Markierung“ angebracht ist, was insbesondere bei hohem Besucheraufkommen oder in Notfallsituationen sicherheitstechnische Fragen aufwerfen kann. Um mögliche Risiken auszuschließen und zu klären, ob die bestehende Ausführung den geltenden Sicherheits- und Bauvorschriften entspricht, erscheint eine Prüfung der Türsituation im Rahmen des Bauausschusses sinnvoll.

### **Anhang**



Veronika Zimmermann

## **Treffen mit den Fraktionen**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Peter Hacker, zu ersuchen, zu einem gemeinsamen Gespräch mit den Fraktionen der Bezirksvertretung Mariahilf einzuladen, um die aktuelle Situation rund um die Drogenberatungseinrichtung Jedmayer sowie mögliche Maßnahmen zur Entlastung des Grätzels zu erörtern.

### **Begründung**

Die Situation im Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer beschäftigt Anrainerinnen und Anrainer sowie die Bezirksvertretung Mariahilf seit vielen Jahren. Neben den wichtigen Angeboten der Suchthilfe kommt es im öffentlichen Raum immer wieder zu Herausforderungen, die sich auf das Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität im Grätzels auswirken. Vor diesem Hintergrund besteht bei vielen Bewohnerinnen und Bewohnern ein großes Interesse an einer transparenten Darstellung der aktuellen Situation sowie der geplanten Maßnahmen der Stadt Wien.

Ein gemeinsames Gespräch zwischen dem zuständigen Stadtrat und den Fraktionen der Bezirksvertretung könnte dazu beitragen, offene Fragen zu klären, aktuelle Entwicklungen zu erläutern und mögliche weitere Schritte zur Entlastung des Grätzels zu diskutieren. Gleichzeitig würde ein solcher Austausch die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bezirk stärken und den Fraktionen die Möglichkeit geben, Anliegen aus dem Bezirk direkt einzubringen.

Gerhard Hammerer

## **Vor-Ort-Termin Jedmayer**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19. März 2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport, Peter Hacker, zu ersuchen, einen Vor-Ort-Termin im Jedmayer Grätzel wahrzunehmen, um sich ein Bild von der aktuellen Situation zu machen und im direkten Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern über mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu sprechen.

### **Begründung**

Die Situation im Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer sowie in den angrenzenden öffentlichen Räumen beschäftigt Anrainerinnen und Anrainer sowie die Bezirksvertretung Mariahilf seit längerer Zeit. Immer wieder wird über Herausforderungen im öffentlichen Raum berichtet, die sich auf das Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität im Grätzel auswirken. Ein persönlicher Lokalaugenschein des zuständigen Stadtrats könnte dazu beitragen, die Situation vor Ort unmittelbar wahrzunehmen und gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern über mögliche Verbesserungen sowie geplante Maßnahmen zu diskutieren.

Auch Bürgermeister Dr. Michael Ludwig hat sich im Jänner 2025 bei einem Besuch im Fritz-Imhoff-Park ein Bild von der Situation vor Ort gemacht. Ein entsprechender Besuch des zuständigen Stadtrats würde daher ein wichtiges Signal darstellen, dass die Anliegen der Anrainerinnen und Anrainer ernst genommen werden und weiterhin an konkreten Lösungen für das Jedmayer Grätzel gearbeitet wird.

Gerhard Hammerer

## **Evaluierung und Verbesserung der Bodenmarkierungen zur Trennung von Rad- und Fußverkehr im Bereich der U-Bahn-Baustelle auf der Mariahilfer Straße**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stelle der Stadt Wien, die MA 46, zu ersuchen, die im Zuge der U-Bahn-Baustelle angebrachten blauen Bodenmarkierungen zur Führung des Radverkehrs auf der Mariahilfer Straße (im Bereich der Engstelle rund um Zollergasse/Kirchengasse) zu evaluieren und erforderliche Maßnahmen zur Verbesserung der Sichtbarkeit und Wirksamkeit dieser Markierungen zu setzen (z. B. durch Erneuerung der Markierungen, zusätzliche gelbe Fußgänger-Piktogramme, oder Verwendung langlebigerer Materialien, etc).

### **Begründung**

Im Zuge der Bauarbeiten für die Verlängerung der U-Bahn-Linie U2 wurde im Bereich der Mariahilfer Straße eine temporäre Verkehrsführung eingerichtet. Aufgrund der Baustelle und der damit verbundenen räumlichen Einschränkungen wurden blaue Bodenmarkierungen in Form von Punkten angebracht, um den Radverkehr entlang eines definierten Bereichs zu führen und dadurch Konflikte zwischen Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen zu reduzieren.

Diese Maßnahme soll insbesondere im Bereich der Baustellen-Engstelle zu einer besseren Entflechtung der Verkehrsströme beitragen. Ergänzend wurde der Gehbereich durch einige wenige gelbe Fußgänger-Piktogramme gekennzeichnet.

In der Praxis zeigt sich jedoch, dass ein Teil der Markierungen durch Witterungseinflüsse und Abnutzung nur mehr eingeschränkt sichtbar ist. Dadurch geht die beabsichtigte Lenkungswirkung teilweise verloren.

Gerade mit dem Beginn der wärmeren Jahreszeit und der damit verbundenen verstärkten Nutzung der Mariahilfer Straße ist eine gut erkennbare und verständliche Verkehrsführung besonders wichtig.

Eine Evaluierung der bestehenden Markierungen sowie eine Verbesserung der Sichtbarkeit und eine Ergänzung durch zusätzliche Markierungen soll dazu beitragen, die Sicherheit und Orientierung für alle Verkehrsteilnehmer\*innen auf der Mariahilfer Straße weiter zu verbessern.

### **Anhang**

# NEOS



Elisabeth KATTINGER

Jan LIEWEHR

Ewa KIRCHDORFER-MURCZKIEWICZ

# **Aufhebung des Radfahrens gegen die Einbahn in der Brückengasse**

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte stellen zu der Bezirksvertretungssitzung am 19.03.2026 gemäß § 24 GO-BV folgenden

## **Antrag**

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA46 und MA28), werden ersucht zu prüfen, ob das Radfahren gegen die Einbahnregelung in der Brückengasse untersagt werden kann, um die Verkehrssituation in diesem Bereich nachhaltig zu verbessern und um unnötige Stauentwicklungen zu vermeiden.

## **Begründung**

Im Bereich der Brückengasse auf Höhe der Hausnummer 6 kommt es regelmäßig zu erheblichen Verkehrsbehinderungen und Rückstaus. Verantwortlich dafür ist vor allem die Kombination aus der bestehenden Verkehrsinsel, dem Fahrradweg sowie den regelmäßig stattfindenden Ladetätigkeiten der dort ansässigen Fliesenfirma.

Die Verkehrsinsel trägt durch die zusätzliche Einengung des Fahrraums zwar zur Stauentwicklung bei, ihre Entfernung würde jedoch das grundlegende Problem nicht lösen. Vielmehr besteht die Gefahr, dass Fahrzeuge beim Vorbeifahren verstärkt den danebenliegenden Fahrradweg schneiden würden, wodurch neue Konflikt- und Gefahrenstellen zwischen motorisiertem Verkehr und Radfahrern entstehen könnten. Gleichzeitig reduziert der derzeitige Fahrradweg den verfügbaren Fahrraum für den motorisierten Verkehr erheblich. Insbesondere bei kurzzeitig haltenden Lieferfahrzeugen kommt es dadurch zu massiven Verkehrsbehinderungen, da andere Fahrzeuge kaum mehr ausweichen können.

Im Sinne eines funktionierenden Verkehrsflusses sowie einer praktikablen Nutzung des Straßenraums erscheint daher eine Entfernung des Fahrradweges als sinnvollste Maßnahme, um ausreichend Fahrbahnbreite zu schaffen und die Situation für Anrainer, Betriebe sowie den Durchzugsverkehr spürbar zu verbessern.